Ressort: Sport

Niedersachsen erwägt Gebühren für Polizeieinsätze in Sportstadien

Hannover, 09.12.2012, 02:59 Uhr

GDN - In der Debatte um die Verabschiedung eines neuen Sicherheitskonzepts im deutschen Fußball hat Niedersachsen Innenminister Uwe Schünemann angekündigt, dass die Bundesliga-Vereine künftig zur Kasse gebeten werden könnten, sollte es am kommenden Mittwoch beim Treffen der Verantwortlichen der Deutschen Fußball-Liga und der Bundesliga-Vereine keine Einigung über ein neues Sicherheitskonzept geben. Schünemann sagte der "Welt am Sonntag": "Wenn keine Einigung über ausreichende Maßnahmen erzielt wird, werden wir künftig auf jeden Fall mehr Polizei einsetzen und das wird dazu führen, dass wir die rechtliche Situation herbeiführen und Gebühren für Polizeieinsätze nehmen werden."

In Bezug auf eine verbesserte Fanarbeit erwartet Schünemann mit seinen Kollegen aus den anderen Bundesländern "eine erhebliche Kostenbeteiligung von der DFL. Da ist die Rede von rund zehn Millionen Euro". Im Gespräch mit der "Welt am Sonntag" regte der niedersächsische Innenminister an, "eine nationale Stiftung ins Leben zu rufen, in der nicht nur die zehn Millionen Euro der DFL regelmäßig rein fließen sollen, sondern auch die Strafen, die durch Vereine bei Vergehen gezahlt werden müssen sowie das Geld, das die Länder ohnehin jährlich für die präventive Arbeit zahlen. Die Summe könnte gezielt eingesetzt werden - und zwar nicht nur im Profibereich, sondern auch in den unteren Ligen". Zudem untermauerte Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoLG), gegenüber der "Welt am Sonntag" seine Forderung nach einer Sicherheitsgebühr 50 Millionen Euro, für die die Deutsche Fußball-Liga aufkommen müsste. "Das ist eine angemessene Summe in Anbetracht der tatsächlichen Summe der Kosten, die weit über 100 Millionen Euro liegen". Wendt betonte zudem, dass die zunehmenden Einsatzzeiten der Beamten sowie die Kosten für Einsätze rund um die Fußballspiele auf Dauer nicht mehr tragbar seien: "Wenn jeder dritte Bereitschaftspolizist in Deutschland eigentlich nichts anderes mehr macht, als beim Fußball tätig zu sein, ist das eindeutig zu viel. Die Polizei wird an anderer Stelle dringend gebraucht. Bei Verkehrsüberwachung, bei Verkehrsunfallbekämpfung oder beispielsweise in Berlin am Wochenende an einem Gefahrenpunkt wie etwa dem Alexanderplatz, wo es kürzlich den Angriff mit Todesfolge auf einen Jugendlichen gegeben hat." Bernhard Witthaut, Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), plädiert dafür, mehr Geld in Fanprojekte zu investieren: "Geld muss gezielt in die Erziehung und Betreuung junger Menschen fließen. Wir haben es mit einem gesellschaftlichen Problem zu tun, das gelöst werden muss", sagte Witthaut.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-3796/niedersachsen-erwaegt-gebuehren-fuer-polizeieinsaetze-in-sportstadien.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619